

Riesfaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckanstalt
Tageblatt Riesfa.
Herrnstr. 20.
Postfach Nr. 52.

Das Riesfaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesfa, des Rates der Stadt Riesfa, des Finanzamts Riesfa und des Hauptzollamts Meissen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto:
Riesfa 1530.
Girokonto:
Riesfa Nr. 52.

Nr. 147.

Freitag, 27. Juni 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Riesfaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 8 mm hohe Grundzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 30 mm breite Reklamzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesfa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Verlegerischen Einrichtungen — hat der Bezogener keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ronger & Winterlich, Riesfa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: L. W. J. Reichgraber, Riesfa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesfa.

Die Zeit drängt.

Reichskanzler Dr. Brüning weist am Donnerstag auf Gut Neudorf, wo er dem Herrn Reichspräsidenten Bericht erstattete. Die Reichsminister in Berlin enthielten sich aller Kundgebungen. Sie wählten gestern in einer geradezu beispiellosen Weise, die aber nicht minder vorbildlich ist, Disziplin. In der letzten Kabinettsitzung war beschlossen worden, daß die Kabinettsitzungen geheimgehalten sind. Dieser Beschluß wurde so peinlich ausgeführt, daß die dem Kabinett angehörenden Minister am Donnerstag sogar ablehnten, sich an den Fraktionsdebatten zu beteiligen, um ja nicht in der Hitze des Gefechts etwas aus der Schürze zu plaudern. Deshalb war auch im Reichstag gar nichts Neues zu erfahren.

Es ist aber ganz in der Ordnung, daß zunächst der Herr Reichspräsident von Hindenburg erfährt, was das Kabinettskabinet beschlossen hat, bevor die Parteien beginnen, sich über diese Kabinettsbeschlüsse herumzuzanken. Darüber herrschte sogar im Reichstag weitgehende Einmütigkeit. Sobald der Kanzler wieder in Berlin ist, wird das Kabinettskabinet sofort zusammentreten, um auf Grund der Vollmachten, die der Herr Reichspräsident von Hindenburg dem Reichskanzler gegeben hat, die Geschäftsführung der Reichspolitik näher zu beraten. Wir können nur hoffen, daß die Regierung zu einer recht entscheidenden Führung übergeht.

Schon am Sonnabend werden die Reichsgerichte hinsichtlich der Deckungsunterlagen des Reichshaushalts dem Reichsrat zugehen. Einleitend wird Reichskanzler Brüning im Reichsrat das Wort ergreifen, um im längeren Ausführungen die Finanz- und Wirtschaftspolitik des Kabinetts darzulegen. Wie sich dann der Reichsrat entscheidet, ist seine Sache. Steht er sich nicht hinter die Reichsregierung, dann ist mit einer Doppelvorlage an den Reichstag zu rechnen. Nebenfalls wird dem Reichskanzler im Reichsrat der neue Reichsfinanzminister Dietrich zur Seite stehen. Es ist gegenwärtig nur noch eine Frage von Stunden, wann Dr. Dietrich vom Reichswirtschaftsministerium ins Reichsfinanzministerium hinüberwechselt. Wir können auch an dieser Stelle nur wiederholt bedauern, daß dieser Wechsel so spät erfolgt. Möge es nicht zu spät sein!

Die Reichsregierung ist entschlossen, alle parlamentarischen Mittel zu erschöpfen. Ist dies geschehen, dann erscheint sie aber auch gewillt, von den außerordentlichen Möglichkeiten Gebrauch zu machen. Es hängt somit vom Reichstag ab, ob er sich für die parlamentarische Lösung entscheidet oder selbst die Anwendung anderer verfassungsmäßiger Mittel herbeiführt, die im Artikel 48 des Grundgesetzes liegen.

Die Arbeitgeberverbände zur Preis- und Lohnsenkung

Berlin, 27. Juni.

Der Reichsverband der deutschen Industrie und die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände veröffentlichten zu den Besprechungen zwischen den Vertretern der Gewerkschaften und der Unternehmer eine Erklärung, in der es u. a. heißt:

Voraussetzung für eine Gesundung ist eine Umkehr auf den Gebieten der Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik. Eine einheitliche und viel sichere Gestaltung der öffentlichen Finanzpolitik und eine vollständige Ordnung der öffentlichen Finanzen kann nur erreicht werden, wenn eine Anpassung der öffentlichen Ausgaben an diejenigen Einnahmen herbeigeführt wird, die eine notleidende Wirtschaft und eine notleidende Bevölkerung aufzubringen imstande sind. Der für die Belebung der Wirtschaft unbedingt erforderliche Preisabbau verlangt die Senkung der Selbstkosten der Produktion und der Kosten der Güterverteilung. Die Senkung der Selbstkosten kann nur erzielt werden, wenn jeder einzelne ihrer Faktoren auf ein Maß zurückgeführt wird, das der inneren deutschen Finanzkraft und den Forderungen einer richtigen Wirtschaftsführung entspricht. Das Ziel würde nicht erreicht, wenn hiermit auf die Dauer ein Unterkonsum verbunden wäre. Vielmehr muß erstrebt werden, durch Senkung der Selbstkosten und der Preise den Konsum auf normale Höhe zu bringen und in der Folge zu steigern.

Die Notwendigkeit der Selbstkostensenkung erfordert eine entsprechende Anpassung der Personalausgaben für alle in der Privatwirtschaft tätigen Personen, die leitenden Persönlichkeiten eingeschlossen, an unsere wirtschaftliche Notlage. Auch in der Sozialversicherung, deren Aufrechterhaltung grundsätzlich notwendig ist, muß in der praktischen Handhabung der Versicherung jede mißbräuchliche Anwendung verhindert und es müssen die Verwaltungskosten auf ein Mindestmaß zurückgeschraubt werden. Auch hier sind durchgreifende Änderungen der bestehenden Gesetzgebung unerlässlich.

Nur durch eine entschlossene Umkehr kann eine weitere Verschlimmerung der Lage unseres Landes verhindert und das schwebende Problem der Arbeitslosigkeit einer Lösung zugeführt werden.

Dr. Dietrich zum Reichsfinanzminister ernannt.

Staatssekretär Dr. Trendelenburg führt die Geschäfte des Reichswirtschaftsministers.

Berlin, 27. Juni.

Der Herr Reichspräsident hat nach dem gestrigen Vortrag des Herrn Reichskanzlers in Neudorf den Reichsminister Dietrich unter Entbindung vom Amte des Reichswirtschaftsministers zum Reichsminister der Finanzen ernannt und den Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium Dr. Trendelenburg bis auf weiteres mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichswirtschaftsministers beauftragt.

Die Verhandlungen des Kanzlers.

Berlin. Reichskanzler Brüning, der aus Neudorf wieder in Berlin eingetroffen ist, empfing heute mittag Vertreter der Beamtenverbände, die offenbar den Wunsch haben, ihn persönlich über die Auffassungen und die Stimmung der Beamtenschaft zum Kopier zu unterrichten. Die Kabinettsitzung findet erst nachmittags statt. Ob der Reichskanzler die in Aussicht genommenen Besprechungen mit den Parteiführern vor oder nach der Kabinettsitzung abhalten wird, ist im Augenblick noch nicht festzustellen.

Ernennung eines Ministerialdirektors im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft.

Berlin. Die unlängst freigewordene Ministerialdirektorstelle im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft ist mit dem bisherigen Ministerialdirigenten im Reichsfinanzministerium, Dr. Wachsmann, besetzt worden. Dr. Wachsmann ist im Reichsernährungsministerium speziell mit der Bearbeitung der Durchführung der Dürftilfe betraut. Er ist gebürtiger Dürftler und ein besonders guter Kenner der wirtschaftlichen Verhältnisse im deutschen Dürft. 1925 ist er von dem damaligen Reichskanzler in die Reichskanzlei berufen worden, wo er besonderen Anteil an der Aufstellung und Durchführung des Programms der Befriedung der dünn besiedelten Gebiete des deutschen Ostens hatte. Im Reichsfinanzministerium, in das er 1928 zurückberufen worden ist, hat er an der Ausarbeitung der Dürftpreußenhilfe sowie der jetzigen Vorlagen über die Dürftilfe und die Errichtung der Ablosungsbank maßgeblich mitgearbeitet.

Die Regierung in Bolivien gestürzt.

Errichtung einer Militärdiktatur beabsichtigt.

Die Aufwühlbewegung in Bolivien

New York, 27. Juni.

Nach einer Meldung aus Buenos Aires berichtet eine Sonderausgabe der Zeitung „La Critica“ zu den Vorgängen in Bolivien, die Zusammenstöße in La Paz seien sehr ernst. Der frühere Präsident Siles habe in der amerikanischen Botschaft Schutz gesucht. Zu dieser Meldung erklärt das Staatsdepartement in Washington, es bestehe keine Bestätigung von der Botschaft in La Paz; vielleicht sei die Uebersetzung verzögert worden. — „La Critica“ gibt weiter einen Privatbericht aus La Paz wieder, wonach die Revolutionäre sich in den Besitz der Provinzen Cochabamba, Oruro, Potosi und Santa Cruz gesetzt hätten. La Paz sei isoliert und es sei jeden Augenblick zu erwarten, daß die Hauptstadt in die Gewalt der Revolutionären fallen werde. Der Oberbefehlshaber der bolivianischen Armee, General Rumbi, habe sich an die Grenzgarisonen um Hilfe gewandt. Zwei Regimenter haben sich angeblich gemeldet, gegen die Rebellen zu kämpfen. Außenminister Medina habe in der argentinischen Botschaft Zuflucht gesucht.

Weiterer Zusammenstoß in Bolivien.

New York. Die „Associated Press“ aus Lima (Peru) meldet, veröffentlicht die dortige Zeitung „La Voz“ einen Fundstücker aus Antofagasta, wonach es gestern zwischen bolivianischen Truppen und Rebellen 500 Meilen von

arbeitet. Dr. Wachsmann hat seine neue Beschäftigung bereits angetreten.

Die demokratische Fraktion behält sich freie Hand vor.

Berlin. Am Donnerstag fand im Reichstag eine Besprechung der demokratischen Reichstagsfraktion mit dem geschäftsführenden Vorstand des demokratischen Reichsbeamtenausschusses unter Einziehung namhafter Beamtenschaft statt. Zur Frage der Deckung des Finanzdefizits des Reichs erklärten die Parteivorsitzende und der Vorsitzende der Reichstagsfraktion, daß die Fraktion an der veröffentlichten Erklärung, daß sie ihre Zustimmung zur einseitigen Belastung der Beamtenschaft nicht gebe, unbedingt festhalte.

Der Reichswirtschaftsminister Dietrich habe die schwere Bürde des Amtes des Reichsfinanzministers trotz schwerer Bedenken der Reichstagsfraktion auf eigene Verantwortung auf sich genommen. Es herrsche zwischen dem Minister und der Fraktion Uebereinstimmung in der Auffassung, daß eine Bindung der Fraktion zu seinen zu erwartenden Vorschlägen nicht besteht und daß die Fraktion damit völlig freie Hand zur Wahrung ihrer Grundhaltung hat.

Zur Ernennung Dietrichs.

Berlin. Die Ernennung des bisherigen Wirtschaftsministers Dietrich zum Reichsfinanzminister wird nur von wenigen Berliner Blättern besprochen, da sie erst die am Freitag abend zu erwartende Veröffentlichung des neuen Deckungsprogramms abwarten wollen. Die „D.N.Z.“ weist darauf hin, daß Dietrich einen auch persönlich großen Einsatz gemacht habe. Die Aufgabe erfordere eine glückliche Hand und einen energischen Willen. Das „D.F.“ betont, daß die erste Arbeit Dietrichs darin bestehen müsse, den Etat ehrlicher als sein Vorgänger in voller Höhe anzugeben und ihn mutiger als sein Vorgänger in voller Höhe zu decken. Sein Weg werde ihm nur dann Aussicht auf Erfolg bieten, wenn er ohne Umschweife auf das Ziel der wirklich großen Reform im Reich, in den Gemeinden und in den Ländern losgehe und wenn er sich nicht durch die Furcht derjenigen betren lassen, die immer nur für den nächsten Augenblick sorgen. Ob der Mut Dietrichs sein Uebermut gewesen sei, werde man beurteilen können, wenn man das Deckungsprogramm sehe. Die vorläufige Nominierung eines neuen Reichswirtschaftsministers hat, wie die „D.N.Z.“ führt, den Zweck, dieses Reformwerk einzuweihen der Deutschen Volkspartei offen zu halten. Ihre Haltung werde sich in den nächsten Tagen klären.

La Paz zu einem Geleht gekommen ist, bei dem 30 Rebellen getötet und 100 verwundet wurden.

Sturz der bolivianischen Regierung.

Paris. Wie Havas aus Buenos Aires berichtet, hat die Armee einer Meldung aus La Paz zufolge die Regierung gestürzt. Präsident Siles habe das Land verlassen. Nach einer anderen Meldung soll dem Sturz der bolivianischen Regierung durch das Heer ein erbitterter Kampf vorausgegangen sein.

Eine Proklamation der bolivianischen Aufständischen.

Santiago (Chile). Nach hier vorliegenden Nachrichten hat das Kommando des Camacho-Artillerie-Regiments, das sich der amerikanischen Stadt Uroto bemächtigte, eine Proklamation erlassen, in der die Gründe der Empörung gegen die gegenwärtige Regierung Boliviens dargelegt werden. Die Regierung sei, so heißt es in der Proklamation, verfassungswidrig, und die Aufständischen beabsichtigen daher die Errichtung einer Militärdiktatur, die sofort die Verbindung mit den Zivilbehörden aufnehmen werde. Nach der Befriedung des Landes soll ein Volksentscheid über die weitere Gestaltung der Regierung bestimmen.